



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Abgeordneten der süddeutschen Staaten „ohne Unterschied der Parteirichtung“ zu veranlassen, welche zugleich das ideale Surrogat für den schmerzlich vermischten Südbund wäre. Es soll auf dieser Versammlung die Gemeinsamkeit der süddeutschen Interessen betont und als Ausgangspunkt für das künftige Verhältniß zu Norddeutschland in den Vordergrund gestellt werden. Es soll ferner — und dies ist die Hauptsache — darauf hingewirkt werden, daß die süddeutschen Abgeordneten zum Zollparlament nicht durch das allgemeine Stimmrecht, sondern durch Delegation der Einzelkammern gewählt würden. Als angebliches Motiv wird ausgestreut, es sei für die schlichten Landleute doch unmöglich, in eine Versammlung für Fachgegenstände zu wählen, für welche sie kein Verständniß besäßen. Als ob nicht grade in den materiellen Fragen auch der schlichte Landmann sehr wohl verstehe, was seine Interessen verlangen. Man frage nur den Bauer vom Schwarzwald oder vom Allgäu, was der Zollverein für ihn werth ist. Der wahre Grund für dieses Manöver liegt vielmehr auf der Hand. Man will eine neue Schranke zwischen Süd- und Norddeutschland aufrichten. Die intime Annäherung soll verhindert werden. Man braucht Dämme, damit die Wasser nicht zu rasch in einander laufen. Es soll unmöglich gemacht werden, daß das Zollparlament eines schönen Morgens als deutscher Reichstag sich entpuppe. Die Delegation der Einzelkammern soll die Einheit des Parlaments verhüten.

Der ganze Plan ist nun freilich gar zu durchsichtig; es ist nicht zu fürchten, daß die Abgeordneten von Baden und Bayern Geschmack daran finden werden. Aber interessant ist es doch, daß diese schwarzrothgoldenen Republikaner endlich so weit gekommen sind, als Gegner des allgemeinen Stimmrechts, als Gegner des Parlamentsgedankens auftreten zu müssen. Vorauszusehen war dies freilich von dem Tage an, da sie erklärten, der preussische Parlamentsvorschlag könne nur „mit Ironie“ aufgenommen werden. Damit die Einheit nicht werde, soll lieber auch die Freiheit nicht werden — dies ist das praktische Ende der Phrase: durch die Freiheit zur Einheit.

Politische Rundschau.

× Leipzig, Mitte Juli.

Die Neigung, den nächsten Gegner für den gefährlichsten oder wohl gar den allein gefährlichen anzusehen und über dem Eifer der Fehde gegen diesen

alle übrigen Rücksichten bei Seite zu setzen, ist von jeher das sicherste Merkmal mangelhafter politischer Bildung bei Individuen und Parteien gewesen. Wie Bauern und Kleinbürger alten Stils in der Regel nichts Wichtigeres kennen als die Beseitigung eines unbequemen Amtmanns oder Bürgermeisters, so sind manche unserer kleinen und großen Parteien der Einsicht unzugänglich, daß es für das deutsche Staatsleben höhere Aufgaben geben könne als die, welche sie sich vorgesetzt haben und an denen sie trotz allen Wechsels der Verhältnisse und Zeitläufte festhalten. Eifrig genug wird in der deutschen Presse Conjecturalpolitik getrieben und den Dingen zu Paris, Wien und Kopenhagen in Leitartikeln und Correspondenzen nachgegangen, aus denselben etwas für innere Politik zu lernen, ist eine große Anzahl deutscher Parteiblätter aber vollkommen unfähig. Das gilt nicht nur von den Organen des Particularismus, die in einem Athem von der Fortsetzung der französischen Rüstungen Kunde geben und gegen die einzige Macht declamiren, von welcher ein wirksamer Schutz gegen die Waffen Frankreichs zu erwarten ist, sondern in gleicher Weise von den Blättern jener „entschiedenen“ Demokratie, welche wir noch gestern für eine Verbündete halten durften. Im Angesicht einer bevorstehenden österreichisch-französischen Alliance und einer Verwicklung wegen der nordschleswigschen Frage mit Ultramontanen und Großdeutschen liebäugeln, den Jahrestag der Schlacht bei Königgrätz zur Veranlassung eines Hymnus auf die Wiedergeburt Oesterreichs durch den beustischen Liberalismus machen und in Posen mit den Polen ein Abkommen wegen der bevorstehenden Herbstwahlen treffen, das heißt die Parteibefangenheit auf die Spitze treiben und dem eigenen politischen Credit vollends den Boden ausschlagen. Muß man Tag für Tag von der eigensinnigen Verblendung Act nehmen, mit welcher die berliner „Zukunft“ und ihre Genossen auf ihrem längst obsolet gewordenen „non possumus“ verharren und sich Schritt für Schritt dem Lager nähern, das ihre und der Sache der Freiheit gefährlichsten Feinde birgt, so wird man unwillkürlich an das hegel'sche Wort erinnert, „die Geschichte sei die Lehre davon, daß niemand je etwas aus der Geschichte gelernt habe“. Nun, die Männer der Fortschrittspartei sind nicht mehr die einzigen, welche in Preußen und in Deutschland ein Wort zu reden haben und diejenigen unter ihnen, deren Wort noch von Einfluß ist, werden die Gemeinschaft mit den Freunden des großdeutschen Particularismus und Radicalismus sicher nicht länger ertragen, als es ohne Gefahr für ihren durch eine Jahrzehende lange Arbeit erworbenen Einfluß geschehen kann. Die bloße Drohung einer auswärtigen Gefahr wird aber dazu hinreichen; die Schulze, Waldeck und Löwe-Calbe vor eine Alternative zu stellen, aus welcher nur der offene Bruch mit der großdeutschen Gevatterschaft helfen kann; andernfalls wird die altpreußische Demokratie zu demselben „Generalstab ohne Armee“, werden, als welchen man vor einigen Jahren die altliberale Fraction verhöhnen

konnte. Die Geschichte der letzten preussischen Landtagswahlen hat zu denjenigen, welche überhaupt zu lernen fähig sind, deutlich genug geredet, um alle Zweifel darüber auszuschließen, wie das preussische Volk von dem Verhältnis der Existenzfrage zu der „Freiheitsfrage“ denkt.

Zunächst ist der Einfluß der Demokratie freilich in Preußen noch immer stark genug gewesen, um die berliner Nationalliberalen von einer offenen Anerkennung des Zwiespalts, durch welchen sie thatsächlich von der Demokratie geschieden sind, abzuhalten. Wie der Wahlauf Ruf des berliner Fraktionsausschusses ausweist, wollen die Herren Lascker, Ahmann, v. Hennich u. s. w. eine Cooperation mit der Fortschrittspartei versuchen, ob diese gleich ihre Meinung über ein Zusammengehen mit den ehemaligen Parteigenossen ziemlich unverblümt gesagt hat. Die Folge dieses Versuchs kann leicht die sein, daß wir statt einer nächstens zwei national-liberale Parteien besitzen werden. Von Männern wie Braun, Benningfen, Miquel u. s. w. ist nicht zu erwarten, daß sie die junge, von ihnen selbst geschaffene Verfassung in die Hand der Conservativen legen werden, um sich an Verständigungsversuchen mit einer Partei abzumühen, die sie zur Genüge kennen und die ihr wahres Antlitz zu Wiesbaden und Hannover sehr viel deutlicher zeigt, als in Berlin oder Königsberg. Politiker, denen die Ereignisse von 1866 nicht gelehrt haben, auf welchem Wege die Einheit und Freiheit Deutschlands zu suchen ist, zu einem positiven Parteiprogramm bekehren wollen, ist sicherlich ein aussichtsloses Unternehmen und wie uns scheint hätte den berliner Nationalliberalen mehr an der Aufrechterhaltung der Einheit ihrer Partei als an dem guten Einvernehmen mit der Nachbarschaft gelegen sein müssen. Das beinahe religiöse Ansehen, welches der radicale Doctrinärismus bei uns genießt, reicht aber immer noch weit über den Kreis derer hinaus, die ihm selbst huldigen und ruft uns immer wieder die Erinnerung daran zurück, daß der deutsche Liberalismus in der Studirstube empfangen und geboren worden ist. Unter denen, die den Muth gehabt haben, sich an die freie Luft des wirklichen Lebens hinaus zu begeben, sind noch Viele, die einer Entschuldigung dafür zu bedürfen glauben, daß es ihnen geglückt ist, die Thür zu finden und ehrwürdiger als die eigene mühsam erkämpfte Ueberzeugung erscheint ihnen die rücksichtslose und selbstzufriedene Starrheit derer, welche von den Thatsachen nichts lernen wollen und dem Cultus der abstracten Theorie treu bleiben. Aus Scheu davor, ihren Einfluß auf die demokratischen Massen in Altpreußen zu verlieren, laufen die berliner Nationalliberalen Gefahr, sich innerhalb der eigenen Partei zu isoliren und die Führung der außerpreussischen und neupreussischen Elemente der Fraction vollständig außer Händen zu geben. Wollten die Nationalliberalen in Nassau, Hannover und Sachsen dem ihnen in Berlin gegebenen Beispiel folgen, so müßten sie mit Leuten zusammengehen, deren gefährliche Gemeinschaft sie eben erst los geworden sind und die in der Verfassung des norddeutschen

Bundes nichts Anderes als die preußische Hegemonie bekämpfen. Der Dualismus innerhalb unserer Partei wird, wenn es auf diesem Wege weiter geht, zu einer Komödie der Irrungen führen, wie sie kaum jemals dagewesen. Wenn es nicht mehr die Verpflichtung auf die Bundesverfassung ist, an welcher sich die Glieder unserer Partei erkennen, so ist die Auflösung oder mindestens die Spaltung derselben unterschrieben, giebt es keine Partei der Mitte mehr und nehmen die alten schroffen Gegensätze wieder ihr Spiel auf — freilich mit dem Unterschiede gegen früher, daß die Verfassung, welche aus dem Volkswillen hervorgegangen ist, dieses Mal die Conservativen zu ihren Hauptvertretern hätte. Wenn ein Theil der Nationalliberalen mit den Gegnern dieser Verfassung gemeinsame Sache zu machen im Stande ist, während sich ein anderer Theil mit dieser Verfassung identificirt, so kann von einer Gemeinschaft nicht mehr die Rede sein und der deutsche Liberalismus ist an der elementarsten der Aufgaben, welche das Jahr 1866 ihm gebracht hat, zu Schanden geworden d. h. er hat es nicht einmal fertig zu bringen vermocht, die gesinnungsverwandten Parteien der einzelnen, jetzt in ein Ganzes zusammengeschmolzenen deutschen Länder zu assimiliren und die Nationalliberalen in Preußen, Hannover, Sachsen u. s. w. sind wieder Leute, die mit einander eigentlich nichts zu schaffen haben und durchaus verschiedene Wege gehen. Welcher Sinn ist z. B. dem neulich in Dresden gefaßten Beschluß der Ausschußglieder der nationalliberalen Partei in Sachsen unter den gegenwärtigen Umständen noch zuzuschreiben? Die Erklärung des Anschlusses an das Programm der nationalliberalen Reichstagspartei ist an und für sich höchst löblich und anerkennenswerth — die bloße Thatsache, daß eine sächsische Partei ihren Schwerpunkt außerhalb der grün-weißen Grenzen sucht, bezeichnet einen Erfolg, dem wohl auch die Waldeck und Schulze ihre Anerkennung nicht versagen werden. Wo sind nun aber die echten Repräsentanten der Richtung zu finden, welcher die sächsischen Nationalen sich anschließen wollen oder angeschlossen haben? Das ursprüngliche Parteiprogramm ist in Berlin factisch verlassen worden — wollten die Sachsen sich mit der Politik des berliner Ausschusses identificiren, so hätten sie nicht erst nöthig gehabt, mit der dem norddeutschen Bunde feindlichen Schaar der heimischen radicalen Demokratie zu brechen, die durch den Mund der Sächsischen Zeitung redet. Solchenfalls wäre es aber um die Gemeinschaft mit den Benningsen und Braun für immer geschehen.

Es wäre in der That die höchste Zeit, daß der deutsche Liberalismus die Schamröthe ablegte, die ihn jedesmal überzieht, wenn er aus der Negation in die Position übergehen, nicht bloß für Principien, sondern für thatsächlich gegebene Verhältnisse eintreten soll. So lange wir in der Opposition unsre wahre Heimath sehen, haben wir es uns nur selbst zuzuschreiben, wenn die Gegner das Gleiche thun und uns alle Regierungsfähigkeit absprechen. Versäumt

die national-liberale Partei die ihr gebotene Gelegenheit, sich als die wahre Vertreterin der neugeschaffenen Situation an die Spitze der Verttheidigung der norddeutschen Bundesverfassung zu stellen, so hat sie es zu verantworten, wenn jene „unzweifelhaften“ Mängel derselben, mit deren Eingeständniß bis jetzt jede liberale Apologie derselben eingeleitet worden ist, in aller Schroffheit ausgebildet, die lebenskräftigen Keime derselben aber erstickt werden. Und daß es an solchen nicht fehlt, hat sich bereits bei ihrer Einführung ausgewiesen.

Noch sind seit dieser Einführung nicht vierzehn Tage vergangen und schon haben wir Resultate derselben zu registriren, die bei aller relativen Geringsfügigkeit immer größer sind als alle Errungenschaften, deren sich die „entschiedene“ Demokratie seit Jahr und Tag rühmen kann: aus Thüringen wurde neulich die Aufhebung der thurn-taxischen Post- und Telegraphenverwaltung gemeldet, an deren Stelle die preußische getreten ist und im Königreich Sachsen hat das auf Art. 3 der Verfassung begründete unbeschränkte Niederlassungs- und Freizügigkeitsrecht die Aufhebung der Schranken zur Folge gehabt, welche bisher der freien Bewegung der Bevölkerung im Wege standen, die Juden z. B. beinahe vollständig ausschlossen. Ein drittes Resultat steht vor der Thür: die Volkvertretung Waldecks, welche sich außer Stande sah, den Anforderungen des norddeutschen Bundes an die Steuerkraft dieses Ländchens zu entsprechen, hat mit allen gegen eine Stimme den Anschluß desselben an den preußischen Staat oder ein diesem entsprechendes Arrangement gefordert. Nach particularistischer Auffassung ist diese Thatsache allerdings nur ein Argument mehr für den Unsegen, der auf jeder Verbindung mit Preußen ruht. Das wirkliche Verhältniß ist aber dieses, daß die Bewohner Waldecks den militärischen Schutz ihres Ländchens und die Ausbringung der Unkosten für denselben bisher Preußen überlassen hatten und durch die an sie getretene Nothwendigkeit, dieselben selbst zu übernehmen, nicht mehr in der Lage geblieben sind, außerdem den Luxus eines selbständigen Regierungs- und Hofapparats zu tragen.

Die Einfachheit dieses Rechenexempels verhindert die Particularisten freilich nicht, über den erschrecklichen Steuerdruck zu jammern, der die Länder des neuen Bundes bedrohe, ihnen zum Schaden und allein Preußen zum Gewinn. Das fruchtbare Feld, das sich dieser Agitation durch die angekündigte Tabaksteuer zu erschließen schien, ist bereits wieder auf einige Zeit unpraktikabel geworden, denn die Ueberweisung der gesammten Vorlage an das Zollparlament schiebt die Verwirklichung derselben, wenn sie überhaupt eintreten soll, weit hinaus und wird das eigentliche Odium, den angedrohten lästigen Modus der Steuererhebung, welche die Producenten treffen soll, sicher aus der Welt schaffen.

Ziemlich gleichzeitig mit der Publikation der Bundesverfassung haben auch in den von Preußen annectirten Ländern verschiedene wichtige Neugestaltungen auf den Gebieten der Rechtspflege und Verwaltung Platz gegriffen: für alle

neuen Provinzen (Frankfurt, Hannover und „Meißenheim“ ausgenommen) ist die Einführung der preussischen Civilproceßordnung, für Nassau die Wiederherstellung der bereits 1848 errungenen, in den Sonigmonaten kleinstaatlicher Reaction wieder abgeschafften Trennung der Justiz von der Verwaltung, für Schleswig-Holstein endlich die Anstellung von Einzelrichtern angeordnet worden. Aber weder von diesen Reformmaßregeln noch von der Vorbereitung entsprechender Neugestaltungen für Hannover ist in Preußen während der letzten Wochen vorzugsweise die Rede gewesen: die Verhandlungen wegen Nordschleswigs haben die Theilnahme an allen übrigen Vorgängen fast vollständig verschlungen und wie ernsthaft die Befürchtung vor Verwickelungen wegen derselben auch von Seiten der Regierung genommen wird, geht aus der Zurücknahme des Befehls zur Ausweisung der gegen die Erfüllung der Militärpflicht renitenten Nordschleswiger und aus jener Herrn von Scheel-Plessen ertheilten Weisung zu größerer Schonung gegen die Grenzdistricte hervor, von welcher die Berliner Handels- und Börsenzeitung neulich Mittheilung machte.

Die innern Schwierigkeiten der nordschleswigschen Grenzregulirung, welche immer nur auf Unkosten eines der beiden Stämme möglich ist, welche von einander geschieden werden sollen, sind sicher nicht gering anzuschlagen und der Streit darüber, ob der Demarkationslinie die Garantie für die Dänemark abzutretenden deutschen Gebiete vorhergehen solle oder umgekehrt, würde allein dazu hinreichen, die Entscheidung über diese Auseinandersetzung auf Wochen und Monate hinauszuschieben. Aber noch sehr viel größer sind die äußern Schwierigkeiten, welche durch das Verhältniß, in welchem Frankreich und der deutsche Particularismus zu dieser Frage stehen, hinzugetreten sind. Frankreich wird mit keinem Arrangement zufrieden sein, das sich nicht im Sinne einer demüthigenden Nachgiebigkeit Preußens aus deuten ließe und Preußens deutsche Feinde, — auch die, welche heute dem französisch-dänischen Drängen Vorschub leisten, werden aus jedem Abkommen Capital zu schlagen wissen, um hinterher wegen Preisgeben deutscher Marken u. s. w. Klage zu erheben und Preußens deutschen Einfluß zu schwächen. Allerdings hat nur die Sächsische Zeitung *Naivetät* genug befaßt, um an die in Aussicht genommene Volksabstimmung in Nordschleswig die „logisch-consequente“ Forderung eines suffrage universel für ganz Schleswig-Holstein und womöglich alle übrigen annectirten Länder zu knüpfen — die Zahl derer aber, die aus der Grenzregulirungsangelegenheit für Preußen ungünstige Folgerungen zu ziehen gedenken, ist Region. Die Gegner scheuen sich in dieser Beziehung nicht, die einander widersprechendsten Anforderungen an das berliner Cabinet zu stellen: heute wird über die rücksichtslose Härte gegen die nordschleswigschen Dänen geklagt und möglichstes Entgegenkommen gegen die kopenhagener Wünsche als einziges Mittel zur Erhaltung des Friedens empfohlen und morgen auf das bloße Gerücht hin, Graf Bismarck sei Concessionen

nicht abgeneigt, ein Entrüstungsturm wegen Vaterlandsverraths in Scene gesetzt.

In Frankreich haben die Dinge unterdessen eine Wendung genommen, die den Aussichten auf einen dauernden Frieden nichts weniger als günstig ist und der gereizten Haltung der officiösen pariser Presse in Sachen Nordschleswigs eine Wichtigkeit giebt, die sie an und für sich noch nicht beanspruchen dürfte. Der große Eindruck, den die Hinrichtung des unglücklichen Maximilian in allen Kreisen der pariser Gesellschaft gemacht hat, ruft die Erinnerung an die mexikanischen Sünden des zweiten Kaiserreichs in einem Augenblick wach, da die Volksvertretung eben mit einer Durchsicht der Rechnungen für dieselben beschäftigt ist. Die Kammerdebatten über das Budget und die geforderten „neuen außerordentlichen Credite“ im Betrage von 158 Millionen sind mit einer Leidenschaftlichkeit und Erbitterung geführt worden, welche alles übertrifft, was wir an ähnlichen Vorgängen in dem kaiserlich französischen Corps legislatif erlebt haben. Daß es nicht die alte Opposition sondern die tiers-Partei ist, die in so entschiedener Weise gegen die Regierung vorgeht, beweist, wie rasch und bedeutend die Zahl der mit dem gegenwärtigen Regime Unzufriedenen seit dem Winter zugenommen hat. Mag das Gerücht von einem bevorstehenden Ministerwechsel zu Gunsten der Dumoulin und Ollivier begründet sein oder nicht, bei der gegenwärtigen Stimmung Frankreichs gegen Preußen und Deutschland ist es zweifellos, welche Richtung man der explodirenden nationalen Unzufriedenheit zu geben versuchen wird. Diese Unzufriedenheit aber wird, sobald erst die Ausstellung geschlossen ist, sicher in aufsteigender Proportion zunehmen und die Regierung, schneller als diese vielleicht selbst meint, zur Action zwingen. Die beiden stärksten und hervorragendsten Eigenschaften des französischen Volksgeistes, Ehrgeiz und materielles Interesse, sind in letzter Zeit von der Regierung so empfindlich verletzt worden, daß die Erregtheit desselben sich nicht von selbst legen wird und nothwendig nach Außen abgeleitet werden muß. Während die wachsende Staatsschuld die Steuerkräfte aufs äußerste anspannt, die bevorstehende Militärreorganisation neue Lasten auf die alten häuft, tausende von mexikanischen Staatsgläubigern vergeblich auf die Bezahlung ihrer Zinscoupons harren, die Verwirklichung der kaiserlichen Verheißungen vom 19. Januar noch immer auf sich warten läßt, hat die Hinrichtung Maximilians alles, was der großen Nation an Ehrgefühl übrig geblieben, aufs empfindlichste gekränkt. Die Entdeckung, daß das Decret vom October 1865, durch welches alle mexikanischen Republikaner für vogelfrei erklärt wurden und das man als die wahre Ursache der gegen Maximilian geübten Barbarei bezeichnete — nicht in San Angel, sondern in den Tuilerien entstanden ist, hat das Gefühl der Mitverantwortlichkeit Frankreichs für das unglückliche Ende des mexikanischen Kaisers bereits so geschärft, daß Napoleon der Dritte seinen Marschall Bazaine aus der Hauptstadt verweisen

mußte: welche Wirkung ist nicht erst von den Veröffentlichungen der mexikanischen Staatschriften zu erwarten, welche in London niedergelegt und, wie es heißt, Louis Blanc übergeben worden sind? Die Friedensliebe, welche aus der letzten Rede des Kaisers spricht, und die sicher aufrichtig gemeint ist, wird dem Drang der Umstände schwerlich auf die Länge Stand halten und wenn es auch nicht zu der pariser Reise Franz Josefs und der Reactivirung Drouyns de Lhuys kommt, so werden sich die Chancen für ein freundliches Verhältniß zu Preußen doch nicht bessern.

Trotz aller Abneigung gegen Preußen scheint man sich in Frankreich für eine Alliance mit Oestreich aber nicht recht begeistern zu können. Selbst die entschiedensten Oppositionsblätter verhalten sich in dieser Beziehung ziemlich spröde und die Berichte, welche Herr Neffzer neuerdings dem Temps über seinen wiener Aufenthalt und die an der Donau empfangenen politischen Eindrücke zugehen läßt und die nichts weniger als optimistisch lauten, werden schwerlich dazu beitragen, den Glauben an die Wiedergeburt Oestreichs durch den Liberalismus zu stärken. Die Zurückhaltung, welche die herbst-kaisersfeldsche Partei fortgesetzt dem Ministerium Beust gegenüber behauptet, beweist deutlich, daß es in Wien mit dem parlamentarischen Regiment noch keineswegs so weit her ist, als man uns von gewisser Seite her glauben machen will. So lange die inneren Verhältnisse Oestreichs nicht geordnet sind, hat Frankreich von einer Alliance mit dem k. k. Cabinet aber nicht viel zu erwarten. Bezeichnend genug ist es, daß Franz Josefs Reise in die französische Hauptstadt von der wiener Presse sehr viel eifriger besprochen und betrieben wird, als von den pariser Journalen: nicht von diesen, sondern zuerst von den beustschen Officiösen ist betont worden, daß das tragische Ende des kaiserlichen Bruders keinen Einfluß auf den Gang der Politik und die Beziehungen der beiden Kaiserreiche haben dürfe, daß die pariser Reise nicht aufgegeben, sondern bloß vertagt sei. Auch die unabhängigen wiener Blätter scheinen den Zeitpunkt, in welchem Oestreich wieder in die große europäische Politik eingreift, nicht abwarten zu können und sehen der Annäherung an Frankreich ungeduldig entgegen. Der Gewinn, der aus derselben für die liberalen Deutsch-Oestreicher abfallen wird, dürfte aber nicht allzu groß sein und grade im Interesse der inneren Wiedergeburt des Reichs, der Ordnung der Finanzen und der Kräftigung der materiellen Verhältnisse ist die Wiederaufnahme einer großen auswärtigen Action im gegenwärtigen Augenblick nicht zu wünschen. Dazu kommt, daß die Zustände an der Ostgrenze des Kaiserstaats und namentlich in Galizien eine höchst beunruhigende Physiognomie annehmen; sehr viel gefährlicher als die panslawistische Großsprecherei der Czechen ist die Haltung der ruthenischen Bauern in Ostgalizien, die mit ihren Wünschen nach einer Vereinigung mit dem Czaarenreich immer offener und stürmischer hervortreten. Die Demonstrationen, mit welchen die Durchreise der

Kaiserin von Rußland nach Bessarabien begrüßt worden ist, bestätigen, was schon früher aus Lemberg gemeldet wurde, daß der Haß gegen das Polenthum die österreichischen Sympathien des Landvolks in russische verwandelt hat. Ähnlich steht es mit den slawischen Unterthanen der ungarischen Krone, die durch ihre Antipathien gegen die siegreichen Magyaren Rußland in die Arme getrieben werden. Nichts desto weniger richtet die österreichische Staatsweisheit ihre Blicke unausgesetzt nach Westen; man scheint zu glauben, dem wachsenden russischen Einfluß in der östlichen Hälfte des Reichs könne nicht besser begegnet werden, als durch Bekämpfung des preussischen Ansehens in Deutschland.

An gefügigen Werkzeugen dieser Politik fehlt es weder dieseits noch jenseits des Main und die publicistische Agitation gegen Preußen und den norddeutschen Bund wird nirgend eifriger betrieben, als in dem Bundesgebiet selbst. Wechselweise unter demokratischer und conservativ-particularistischer Maske wird gegen die Consolidation der neugeschaffenen Verhältnisse Propaganda gemacht, direct und indirect für die Anerkennung des deutschen Berufs der Habsburger, gelegentlich auch der Napoleoniden gearbeitet. In der nordschleswigschen Frage haben wir nur noch zwischen einer inneren Niederlage oder einer auswärtigen Verwicklung zu wählen, denn dieselbe Partei, welche Preußen unablässig angreift, weil es durch seine Vergrößerung Deutschland in die Gefahr eines französischen Kriegs gebracht, ist gleichzeitig bemüht, diesen Krieg zu beschleunigen und dem berliner Cabinet die Verständigung mit Paris und Kopenhagen moralisch unmöglich zu machen.

Es bedarf eines großen Maßes von Verblendung und Kurzsichtigkeit, um im Angesicht einer solchen Sachlage keine andern Feinde als die conservativen Minister in Berlin, keine andern Befürchtungen als die vor Beeinträchtigung der Volksfreiheit zu kennen. Wenn die Demokratie es über sich gewinnen kann, keinen Bundesgenossen zu verschmähen, der sich im Kampfe gegen das Ministerium Bismarck verwenden läßt, wenn sie die vorhandene Form der deutschen Staatseinheit bekämpft, wo die Möglichkeit der Herstellung einer anderen Form nicht mehr gegeben, der Zerfall des Bestehenden vielmehr mit einer allgemeinen Auflösung identisch geworden ist, so macht sie die Verständigung mit Politikern, welchen der Staatsgedanke noch nicht ganz abhanden gekommen ist, bis auf Weiteres unmöglich. Was an die Stelle des norddeutschen Bundes und seiner gegenwärtigen Verfassung treten soll, wenn die Wünsche der Gegner sich realisiren, weiß uns weder die berliner Demokratie, noch die süddeutsche Kleinstaaterie und deren Anhang zu sagen. Bis zur freien Verständigung sämtlicher souveräner deutscher Stämme in dem Jammer äußerer Ohnmacht und innerer Rathlosigkeit zu verharren, ist den Deutschen bisher nur von den Weisen des Bundestags zugemuthet worden. Will die Demokratie auch nur für einen Augenblick in die Erbschaft desselben eintreten oder uns gar zumuthen, freiwillig in diesen Zustand zurückzufallen, so ist es um ihr Recht wie um ihren Einfluß in Deutschland für lange geschehen. — „Fiesko ist todt, ich gehe zum Andreas!“

Herausgeber: Gustav Freytag. — Verantwortlicher Redacteur: Julius Eckardt.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Hüthel & Legler in Leipzig.